

**LAND BURGENLAND**LANDESAMTSDIREKTION – GENERALSEKRETARIAT
HAUPTREFERAT VERFASSUNGSDIENSTBundesministerium für Finanzen
Johannesgasse 5
1010 WienEisenstadt, am 11.06.2015
Sachb.: Dr. Matthias Köhler
Tel.: +43 (0) 57 / 600 DW 2281
Fax: +43 (0) 2682 61884
E-Mail: post.vd@bgld.gv.at**Zahl:** LAD-VD-B269-10032-3-2015**Betr.:** Entwurf eines „Bankenpaketes“; Stellungnahme**Bezug:** BMF-010200/0018-VI/1/2015; 126 ME XXV. GP

Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bankwesen (Bankwesengesetz – BWG) geändert, das Bundesgesetz über die Einrichtung eines Kontenregisters (Kontenregistergesetz – KontRegG), das Bundesgesetz über die Meldepflicht von Kapitalabflüssen (Kapitalabfluss-Meldegesetz) und das Bundesgesetz zur Umsetzung des gemeinsamen Meldestandards für den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten (Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz – GMSG) erlassen, das EU-Amtshilfegesetz und das Amtshilfe-Durchführungsgesetz geändert werden („Bankenpaket“), erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung folgende Stellungnahme abzugeben:

Die Pläne zur Steuerbetrugsbekämpfung werden grundsätzlich positiv bewertet. Dass es hierzu unter anderem auch entsprechende Eingriffe in das Bankgeheimnis (§ 38 BWG) bedarf, wird anerkannt. Es sollten dabei aber – ebenso wie im Hinblick auf den Zugang zu Daten des Kontenregisters – im Sinne der Rechtsstaatlichkeit geeignete Schutzmechanismen nicht vergessen werden.

Die behördliche Einsichtnahme in Bankdaten greift in die verfassungsrechtlich geschützte Privatsphäre ein. Die Voraussetzungen für eine Einsichtnahme in Konten und Depots sollte daher an qualifizierte Verdachtsmomente geknüpft werden. Schließlich sollte diese Einsicht der Ausnahme- und nicht der Regelfall in Finanzverfahren sein. Der Ermessens- und Handlungsspielraum der Finanzbehörden sollte daher klar geregelt werden. Die Tatbestände sind demnach restriktiv und hinreichend bestimmt (Art. 18 B-VG) zu fassen. Als dem Grundrechtseingriff (§ 1 DSG 2000, Art. 8 EMRK) entsprechende, unabhängige Kontrolle der Finanzbehörden würde sich das Bundesfinanzgericht anbieten.

Mit freundlichen Grüßen!

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Mag. Ronald Reiter

Zl.u.Betr.w.v.


Eisenstadt, am 11.06.2015

1. Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
2. Präsidium des Bundesrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
3. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landesamtsdirektoren)
4. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien

zur gefälligen Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen!

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Mag. Ronald Reiter

	<p>Dieses Dokument wurde amtssigniert.</p> <p>Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter http://www.signaturpruefung.gv.at</p> <p>Die Echtheit eines Ausdruckes kann durch Vorlage beim Absender verifiziert werden. Details siehe: http://e-government.bgld.gv.at/amtssignatur</p>
-------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------